

# Die entwicklungspolitische Leitlinien von Alliance Sud

## Inhalt:

1. Neue Spielregeln für die Globalisierung schaffen
2. Die internationalen Finanzmärkte re-regulieren
3. Die Handelsregeln auf die Bedürfnisse der Volkswirtschaften zuschneiden
4. Die Ernährungssouveränität und eine nachhaltige Landwirtschaft stärken
5. Transnationale Unternehmen politisch einbinden
6. Mitverantwortung für das globale Entwicklungsgefälle übernehmen
7. Den Einfluss der Entwicklungsländer vergrössern
8. Die intergouvernementalen Entscheidungen demokratisieren
9. Die Souveränität der Staaten achten, die Willkürspielräume der Regierungen verkleinern
10. Die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit bewahren
11. Die sozialen Lebensgrundlagen der Menschheit stärken
12. Die globalen öffentlichen Güter sichern
13. Neue Entwicklungsstrategien jenseits von Exportorientierung und forcierter Weltmarktintegration fördern
14. Den Dienstleistungs- und Entwicklungsstaat rehabilitieren
15. Emanzipationsprozesse fördern, um Entwicklung zu ermöglichen
16. Eigene Finanzressourcen mobilisieren und eine grosszügige Entschuldung durchsetzen
17. Die Entwicklungszusammenarbeit auf Armutsbekämpfung konzentrieren und aus der Interessenpolitik der Geberländer herauslösen

## Einleitung

Alliance Sud verfasste die vorliegenden „Entwicklungspolitischen Leitlinien“ kurz nach der Jahrtausendwende. Wir befanden uns damals auf dem Höhepunkt der Globalisierung und des US-amerikanischen Anspruchs, die Welt nach eigenen Vorstellungen zu ordnen, und zwar mit allen Mitteln, auch denjenigen des „präventiven“ Angriffskriegs. Widersprüche, die damals angelegt waren und auf welche wir seinerzeit hingewiesen haben, sind heute ausgebrochen, wie die Dreifachkrise (Finanz und Wirtschaft, Klima sowie Ernährung) zeigt.

Deregulierte Finanzmärkte führten 2007/2008 das Zentrum der Weltfinanzwirtschaft an den Rand des Abgrunds. Das hätte den vorherrschenden Anschauungen zufolge nicht geschehen sollen. Von politischer Einmischung und „Gängelung“ befreite Finanzmärkte hätten gemäss Lehrbuch zum Gleichgewicht der Weltwirtschaft und nicht zur Selbsterstörung tendieren sollen.

Die permanente Handelsliberalisierung, welche die Industrieländer über die Welthandelsorganisation (WTO) vorantrieben, ist in den letzten Jahren am ungleichen, die Entwicklungsländer benachteiligenden Charakter der WTO-Verträge aufgelaufen. Seit Jahren tritt die Doha-Verhandlungsrunde deshalb an Ort.

Durch die Verlagerung wirtschafts- und sozialpolitischer Grundsatzentscheidungen aus der nationalen Zuständigkeit auf intergouvernementale Institutionen (EU, WTO, Internationaler Währungsfonds IWF) hätte sich nationale Politik „versachlichen“ sollen. Statt dessen verstärkte sie in vielen Weltregionen einen nationalistischen Backlash. In den Industriestaaten haben antiliberalen, fremdenfeindliche Strömungen weiter an Stärke und Respektabilität gewonnen und dominieren zusehends den innenpolitischen Diskurs.

Mit dem Krieg gegen den Terror wollten die USA die Welt von der Bedrohung durch radikale „Heilige Krieger“ befreien. Statt dessen schuf er die Voraussetzungen für die Internationalisierung, Ausbreitung und Rekrutierung ebensolcher Kräfte und die weitere Fragilisierung ärmerer Länder (Pakistan, Somalia, Jemen, etc.).

Das alles war im Drehbuch der Globalisierung, das uns eine „zusammenwachsende“ Welt freier Märkte, steigenden Wohlstand für alle und wachsende individuelle Chancen versprach, nicht vorgeesehen.

Positiv schlägt zu Buche, wie rasch sich die internationalen Kräfteverhältnisse seit der Abfassung der „Entwicklungspolitischen Leitlinien“ verschoben haben. Grosse Schwellenländer wie China, Indien oder Brasilien sind heute weltwirtschaftliche Player, die nicht mehr herumgeschoben werden können, sondern in die informellen Entscheidungsgremien einbezogen werden müssen (G20). Sie finanzieren zu einem guten Teil das riesige Doppeldefizit der USA, welche noch zu Beginn der neoliberalen Ära die Gläubigernation par excellence waren. Ungelöst ist weiterhin der Anspruch aller kleineren, geostrategisch bedeutungsloseren Ländern (darunter auch der Schweiz), auf die Erarbeitung und Umsetzung internationaler Regeln grösseren Einfluss zu erhalten.

Das kommende Jahrzehnt wird durch die Krisen und ihre Bewältigung geprägt sein, welche die Ära der Globalisierung verstärkt oder erst hervorgebracht hat. Abgesehen von der Finanz- und Wirtschaftskrise, die uns noch Jahre beschäftigen wird, sind dies die Klima- und die Ernährungskrise. Um die Klimaerwärmung in einigermaßen handhabbaren Dimensionen zu halten, müsste noch in diesem Jahrzehnt der Ausstoss an Treibhausgasen gesenkt werden, statt weiter anzusteigen. Die Ernährungskrise äussert sich am drastischsten im Anstieg der Zahl unterernährter Menschen auf über eine Milliarde, mehrheitlich Frauen und Kinder. Sie ist die Folge sinkender Investitionen und

einer systematischen Vernachlässigung der kleinbäuerlicher ProduzentInnen zugunsten einer exportorientierten industrialisierten Grosslandwirtschaft.

Die staatliche Entwicklungszusammenarbeit war in den letzten Jahren aufgerufen, ihre Mittel vermehrt in soziale öffentliche Güter zu stecken, wie es die Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) verlangen. Auch wenn die Industrieländer ihre Budgets nicht im Ausmass erhöhten, wie sie zugesagt hatten, und längst nicht alle Entwicklungsländer-Regierungen die MDGs ins Zentrum ihrer Politik stellten, sind Fortschritte erzielt worden. Die Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 hat allerdings bitterste Armut und Hunger wieder anwachsen lassen. Währenddessen sind die Industrieländer bereits daran, sich auf die Jahre nach 2015, dem Datum der Zielerreichung der MDGs, einzurichten und einen Einsatz ihrer Hilfsgelder zu prüfen, der wieder mehr ihren ökonomischen und politischen Eigeninteressen entspricht. Das würde nachgewiesenermassen die entwicklungsförderliche Wirkung der Entwicklungszusammenarbeit schmälern oder ganz zunichte machen.

Entsprechend dieser Ausgangslage stehen den zivilgesellschaftlichen Entwicklungsorganisationen harte Auseinandersetzungen bevor. Die überarbeiteten entwicklungspolitischen Leitlinien dienen Alliance Sud dabei als Richtschnur.

## **I. Internationale Wirtschaftspolitik**

### **1. Neue Spielregeln für die Globalisierung schaffen**

- Alliance Sud engagiert sich auf Seiten der KritikerInnen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Spielregeln, welche sich seit den 1980er-Jahren international durchgesetzt haben. Diese beschleunigten die Klimakrise, untergruben die Investitionen in die Landwirtschaft, verschärften damit den Hunger und führten in die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise, deren Bewältigung die Welt in den nächsten Jahren beschäftigen wird. Wir unterstützen die Bemühungen, neue sozialökonomische und ökologische Paradigmen und Regelungen zu entwickeln und politisch durchzusetzen, um die neoliberale Ära zu überwinden.
- Das neue Regulationsregime, das wir anstreben, soll den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bedürfnissen der Entwicklungsländer besser entgegenkommen, das globale Entwicklungsgefälle und die zunehmenden sozialen Ungleichheiten verringern, die Klimaveränderung wirksam bekämpfen, der Kommerzialisierung aller Lebensbereiche entgegenwirken, der Zerstörung der Realwirtschaft durch die Finanzindustrie entgegenwirken, die demokratische Einflussnahme auf wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen stärken, die Gleichstellung der Geschlechter voranbringen und ganz generell für Industrie- und Entwicklungsländer sozial und ökologisch verträglicher sein.

### **2. Die internationalen Finanzmärkte re-regulieren**

- Wir setzen uns für eine Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte, eine Entschleunigung der Finanztransaktionen und eine Begrenzung der gegenwärtigen Freiheit für grenzüberschreitende Kapitalbewegungen ein. Insbesondere sind kurzfristige spekulative Kapitalbewegungen und eigentliche Währungsspekulationen stark zu erschweren. Deshalb setzt sich Alliance Sud unter anderem für eine Devisentransaktionssteuer ein.

- International und national sind alle Finanzunternehmen Regeln zu unterwerfen, welche den Glücksspielcharakter vieler Finanztransaktionen und die Aufhäufung ungesicherter Kreditpyramiden unterbinden. Alliance Sud setzt sich ein für eine höhere Eigenkapitaldeckung und viel tiefere Verschuldungsquoten; für den Einbezug aller Kreditgeschäfte in die Bilanz und das Verbot ausserbilanzlicher Zweckgesellschaften; für die Unterstellung aller Finanzunternehmen und -instrumente unter die Regulierungsbehörden und für Zulassungs- und Verbotsverfahren für neue Arten von Finanzunternehmen und „innovative“ Finanzprodukte; für neue Entlohnungssysteme, die keine betrügerischen Anreize setzen; für den Abbruch von voreiligen Finanzmarktliberalisierungen und für die Wiedereinführung smarter Kapitalverkehrskontrollen vor allem in Entwicklungsländern.
- Die Interventions- und Beistandspolitik des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Falle von Finanzkrisen ist so zu reformieren, dass die betroffenen Länder durch die „Therapie“ nicht in eine zusätzliche realwirtschaftliche Krise hineingetrieben werden. Unter anderem hat der Privatsektor die Kosten der Krisenbewältigung mitzutragen.
- Eine Re-Regulierung der Finanzmärkte verlangt, die legalen Schlupflöcher, mit denen nationale Finanzregulierungen und Steuerpflichten umgangen werden, zu stopfen. Die Steuerparadiese und Offshore-Finanzplätze sind in ihrer Operationsfreiheit systematisch zu beschneiden und auf Onshore-Finanzplätze umzurüsten. Wir unterstützen in diesem Zusammenhang die Bemühungen, den automatischen Informationsaustausch einzuführen und eine internationale Steuerbehörde zu konzipieren und zu realisieren. Internationale Absprachen und Standards sind vor allem für Entwicklungsländer nötig, um transnationale Konzerne besteuern zu können. Solche Absprachen und Standards würden durch die vorgeschlagene internationale Steuerinstitution betreut. Als ersten Schritt unterstützen wir die laufenden Bemühungen, transnationale Unternehmen zu einem Country by country-Reporting zu verpflichten. Diese Massnahmen werden es den Entwicklungsländern erlauben, ihr eigenes Steuersubstrat besser zu bewirtschaften und dringend notwendige Ressourcen für ihre Entwicklung zu generieren.

### **3. Die Handelsregeln auf die Bedürfnisse der Volkswirtschaften zuschneiden**

- Alliance Sud setzt sich für einen grundlegenden Richtungswechsel in der internationalen Handelspolitik ein – weg vom Programm eines möglichst freien Welthandels und der permanenten Handelsliberalisierung als Selbstzweck. Das Ziel von Volkswirtschaften ist es, den Menschen ein würdiges Leben zu ermöglichen. Ihr Zweck besteht nicht darin, immer mehr Aussenhandel zu betreiben. Die Hauptsorge der Wirtschaftspolitik soll daher den Märkten des eigenen Landes und der Region gelten. Die seit Anfang der 1980er-Jahre betriebene Fetischisierung des Aussen- und des Welthandels ist in Frage zu stellen. Die Welt steht nicht vor der falschen Wahl zwischen hundertprozentigem Protektionismus (und Zusammenbruch des Welthandels) oder *free trade* ohne Grenzen. Eine kluge Politik der Zukunft wird auf der Skala irgendwo dazwischen liegen und Handelsfreiheiten mit unterschiedlichen „protektionistischen“ Schutzmöglichkeiten für die einzelnen Länder kombinieren.
- Es geht nicht an, Ländern, die sich auf unterschiedlichen Entwicklungsniveaus befinden, einheitliche Regeln aufzudrängen. Die Standards und Regeln des Welthandelsregimes müssen Vielfalt zulassen und nicht wie heute, einheitliche und global verbindliche Regeln durchsetzen, die – wenn überhaupt – allein den Bedürfnissen der Industrieländer entsprechen. Die Entwicklungsländer müssen einzelne Sektoren der Volkswirtschaft schützen können und sollen das

Tempo und den Umfang ihrer Einordnung in den Weltmarkt selber bestimmen. WTO-Regeln, welche nationale Schutzmassnahmen oder Industrieförderungspolitiken untersagen, sind für Entwicklungsländer aufzuheben.

- Schliesslich wendet sich Alliance Sud gegen alle Pläne, derzeit noch „erlaubte“ entwicklungsökonomische Instrumente durch neue WTO-Abkommen endgültig zu unterbinden. Das ist das Ziel der Regeln über Investitionen, Wettbewerb und öffentliches Beschaffungswesen ist, welche die Industrieländer zugunsten ihrer Unternehmen in der WTO durchboxen wollen.
- Das Welthandelsregime soll regionale Integrationsprozesse zwischen Entwicklungsländern und die Süd-Süd-Handelsströme fördern und dabei den Disparitäten zwischen den einzelnen Ländern Rechnung tragen. Das gegenwärtige Streben der Industrieländer, mit Entwicklungsländern ihrer Wahl Freihandelszonen zu bilden, dient einseitig den Interessen der Industrieländer, schadet den betroffenen Entwicklungsländern und wird deshalb abgelehnt.
- Das Welthandelsregime darf den technologischen Vorsprung der Industriestaaten und einiger Schwellenländer nicht zementieren, wie es das WTO-Abkommen zum Schutz des geistigen Eigentums (Trips) tut, sondern die lokale Wertschöpfung fördern und die globalen öffentlichen Güter schützen. Der weltweite Patentschutz auf die fortgeschrittensten Produkte und Technologien belastet die schwächeren Volkswirtschaften der Entwicklungsländer mit beträchtlichen Kosten und behindert den Technologietransfer, insbesondere auch bei der Umrüstung auf eine klimafreundlichere Produktion. Wir unterstützen alle Bemühungen, das Trips-Regime und andere internationale Mechanismen zum Schutz des geistigen Eigentums zu lockern, wenn diese grundlegende öffentliche Güter gefährden.
- Statt die Märkte immer weiter zu liberalisieren, sollte sich die WTO stärker und prioritär auf seine Kernfunktion konzentrieren, den grenzüberschreitenden Güter- und Dienstleistungsverkehr zu regulieren. Die Tendenz der WTO, den Service public zu liberalisieren, ist zu bekämpfen, weil sie sich gegen grundlegende Rechte der Menschen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Wasser richtet. Die Menschenrechte zählen mehr als die Handelsfreiheit, welche transnationale Konzerne durch die Zurüstung nationaler Märkte zu einem global homogenen Weltmarkt vergrössern und verstärken wollen.

#### **4. Die Ernährungssouveränität und eine nachhaltige Landwirtschaft stärken**

- Alliance Sud setzt sich für die Respektierung des Rechts auf Ernährung ein. Dazu muss das Prinzip der Ernährungssouveränität umgesetzt werden. Ernährungssouveränität bedeutet nicht Autarkie, sondern das Recht aller Länder und Ländergruppen, ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik im Interesse ihrer Bevölkerungen selbst zu definieren, ohne dabei anderen Staaten zu schaden (zum Beispiel mit Exporten zu Dumpingpreisen). Deshalb unterstützt Alliance Sud die Schlussfolgerungen des Weltagrarrats von 2008, der sich für die Förderung einer kleinbäuerlichen, auf die Produktion von Grundnahrungsmitteln für den regionalen und nationalen Markt ausgerichteten Landwirtschaft ausspricht. Eine kleinräumige, diversifizierte und kundennahe Landwirtschaft produziert sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher und kann die weltweite Ernährungssicherheit besser gewährleisten als eine industrielle Agrarproduktion, die auf Monokulturen, Chemieinputs und Gentechnologie basiert und sich auf den Export einiger weniger Grundnahrungsmittel konzentriert. Sie steuert zudem der weltweiten Homogenisierung der Essgewohnheiten entgegen.

- Um die kleinbäuerliche Landwirtschaft zu fördern, setzt sich Alliance Sud insbesondere für die Unterstützung der Frauen, die Stärkung des lokale Wissens, die lokale Verarbeitung der Produkte, den erleichterten und gerechten Zugang zu Boden, Krediten und Technologien und die Erhaltung der Vielfalt des traditionellen Saatguts ein. Umgekehrt unterstützt sie im Norden Bemühungen für eine Änderung des Lebens- und Konsumstils und der Essgewohnheiten.
- Alliance Sud wendet sich gegen jede Politik, welche die Umsetzung des Rechts auf Ernährung und das Prinzip der Ernährungssouveränität behindert. Insbesondere setzen wir uns für eine Änderung der WTO-Regeln beim Agrarhandel ein. Die Entwicklungsländern sollen ihre Abhängigkeit vom Weltmarkt und den multinationalen Konzern reduzieren und von einem grösseren politischen Spielraum und flexibleren Strukturen profitieren können, um ihre Märkte und ihre kleinen ProduzentInnen zu schützen, ihnen kostendeckende Preise zu sichern sowie das Recht, eigenes Saatgut zu produzieren und zu verwenden, zu garantieren. So können sie verhindern, dass die einheimischen ProduzentInnen unter den Marktverzerrungen leiden, welche die Exportsubventionen des Nordens verursachen. Gleichzeitig unterstützen wir die internationalen Bemühungen, die Produktion und den Handel mit Agrartreibstoffen, die Aneignung grosser Ländereien in armen Ländern durch ausländische Staaten und Konzerne, die Spekulation mit Nahrungsmitteln, den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen und die Patentierung von Leben zu regeln, zu reduzieren oder zu verbieten.

## **5. Transnationale Unternehmen politisch einbinden**

- Alliance Sud unterstützt die Bestrebungen, im Rahmen der Uno das Verhalten transnationaler Konzerne einer verbindlichen internationalen Regulierung zu unterstellen, welche diese juristisch verantwortlich, rechenschaftspflichtig und für ihre Handlungen haftbar macht. Dementsprechend lehnen wir jede internationale Festschreibung und Ausweitung der Rechte von transnationalen Konzernen ab, solange die Regierungen der Industrie- und einiger Schwellenländer sowie die Interessengruppen der Wirtschaft eine internationale Regelung ihrer Pflichten verweigern.
- Wir setzen uns für eine grundlegende Reform der OECD-Leitsätze für multinationale Konzerne ein. Insbesondere müssen die Auflagen bezüglich Menschenrechte, nachhaltiger Entwicklung und Respektierung indigener Gemeinschaften präziser und konkreter formuliert, auf die Zulieferer und Unterakkordanten ausgedehnt werden. Die nationalen Kontaktstellen sollen institutionell unabhängiger werden und mehr Ressourcen und Kapazitäten erhalten.
- Wir unterstützen alle Bemühungen, geeignete Verfahren der Technologiefolgenabschätzung einzuführen und als internationalen Standard zu verankern. In diesem Zusammenhang sind in die international verbindliche Regulierung transnationaler Konzerne auch klare Haftpflichtregeln für Technologiefolgen einzuführen.
- Bis eine juristisch verbindliche multilaterale Reglementierung vorliegt, unterstützen wir Codes of Conduct, wenn sie klare Verbindlichkeiten, Umsetzungsvorschriften und unabhängige Monitoring-Mechanismen enthalten. Der Global Compact der Uno erfüllt in der gegenwärtigen Form diese Anforderungen nicht.

## II. Global Governance

### 6. Mitverantwortung für das globale Entwicklungsgefälle übernehmen

- Alliance Sud setzt sich für eine internationale Ordnung ein, die auf Verhandlungen, Verträge und völkerrechtliche Lösungen setzt und Gewalt- und Herrschaftsverhältnisse zwischen und innerhalb von Staaten zurückdrängt. Entsprechend favorisieren wir breit legitimierte und transparente multilaterale Institutionen und wenden uns dagegen, dass sich einzelne übermächtige Staaten oder Staatenbündnisse ausserhalb dieser Institutionen und ausserhalb völkerrechtlicher Regeln zu globaler Ordnungspolitik und unilateraler Machtanmassung ermächtigt fühlen.
- Wir unterstützen national und international Akteure, die aus einer weltinnenpolitischen Sicht operieren, sich also am globalen kollektiven Interesse für eine nachhaltige Entwicklung orientieren und so handeln, dass sie bei aller Wahrnehmung ihrer Partikularinteressen die gemeinsamen Interessen der ganzen Menschheit im Auge haben. In diesem Sinne streben wir eine Weltpolitik der Schweiz an, welche die gesamte Weltbevölkerung als die Schicksalsgemeinschaft auffasst, an der sie sich orientieren muss, und sind überzeugt, dass dies dem nationalen Interesse der Schweiz am besten entspricht.
- Wir unterstützen eine Politik, welche die krassen Unterschiede an Lebenschancen, die zwischen der Minderheit der Industrieländer und der Mehrheit der Bevölkerung in den Entwicklungs- und Schwellenländern bestehen, zur zentralen Herausforderung erklärt und eine besondere Mitverantwortung der privilegierten Minderheit der Industriestaaten und einiger Schwellenländer für die Lösung des Problems anerkennt. Politisch-ideologische Strömungen in den Industriestaaten, welche diese Verantwortung ablehnen, statt dessen Angst vor den berechtigten Ansprüchen der benachteiligten Mehrheit der Menschheit schüren und die „Inseln des Reichtums“ gegenüber Asien, Afrika, und Lateinamerika abschotten wollen, sind zu bekämpfen.
- Die Industrieländer können nicht weltweit die Liberalisierung des Verkehrs für Güter, Kapital und die Funktionäre der Weltwirtschaft durchsetzen und sich gleichzeitig vor Menschen aus armen Ländern abschotten. Wir plädieren deshalb für eine aktive Einwanderungspolitik, welche auch die gesteuerte Zulassung von ImmigrantInnen aus Ländern ausserhalb der Europäischen Union (EU) umfasst. Eine solche Einwanderungspolitik verlangt den Ausbau öffentlicher Integrationsinstrumente und -massnahmen auf kommunaler, kantonaler und nationaler Ebene.

### 7. Den Einfluss der Entwicklungsländer vergrössern

- Alliance Sud betrachtet alle Staaten als gleichberechtigt. Dies muss sich in der Gestaltung der multilateralen Institutionen und ihren Entscheidungsverfahren niederschlagen. Von allen bestehenden Institutionen kommt die Uno dieser Gleichberechtigung am nächsten. Sie ist als zentrale Institution globaler Politik weiter zu stärken – die längst überholten Privilegien der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs im Sicherheitsrat sind schrittweise zu beseitigen. Wir wenden uns gegen die Praxis grosser Industriestaaten, Entscheidungen von Entwicklungsländern auf internationaler Ebene durch Druckausübung, Androhung von negativen wirtschaftlichen Konsequenzen oder Bestechung zu beeinflussen.

- Wir unterstützen die Bemühungen, die Uno gegenüber den ausgelagerten Wirtschaftsorganisationen (IWF, Weltbank, WTO) aufzuwerten und Verhandlungen über internationale wirtschaftliche Spielregeln vermehrt in die Uno zurückzunehmen. Die mit wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fragen betrauten Organe der Uno sind entsprechend aufzuwerten. Wir wenden uns dagegen, dass die Kompetenzen und Zuständigkeiten der Bretton-Woods-Institutionen und der WTO zunehmend ausgeweitet werden. Im Gegenteil kann es im Einzelfall sinnvoll sein, Gebiete aus den BWI oder der WTO herauszulösen und in die Uno zu integrieren. Dies gilt nicht zuletzt auch für Fragen des Klimaschutzes und der Finanzierung von Anpassungsmassnahmen. Wir wenden uns weiter entschieden dagegen, anstelle der Uno exklusive Gruppierungen wirtschaftsmächtiger Staaten, etwa die G-8 oder die G-20, zum Nukleus einer künftigen Global Governance auszubauen.
- Die Stimmenmehrheit der Industriestaaten in den Bretton-Woods-Institutionen sowie die Sperrminorität der USA sind aufzuheben. Statt dessen sind Stimmrechtsmodelle einzuführen, welche den berechtigten Interessen der Entwicklungsländer, auch der ärmsten unter ihnen, zum Durchbruch verhelfen. Zusammenstellung und Struktur der Führungsorgane sind am Grundsatz der Gleichberechtigung aller Staaten auszurichten. In der WTO sind die Green-Room-Verhandlungen abzuschaffen und statt dessen Verhandlungsgruppen einzurichten, die das Gewicht der Entwicklungsländer und ihre unterschiedlichen Ausgangslagen repräsentativ wiedergeben. Die personelle Vertretung der Entwicklungsländer im WTO-Sekretariat ist drastisch zu verbessern. Kleinen und armen Entwicklungsländern ist finanziell zu helfen, damit sie bei den multilateralen Wirtschaftsinstitutionen genügend grosse und kompetente Vertretungen unterhalten können.

## **8. Die intergouvernementalen Entscheidungen demokratisieren**

- Alliance Sud setzt sich dafür ein, dass die Verhandlungen und Entscheidungen in multilateralen Organisationen mehr als bisher durch die sozialen und politischen Kräfte der einzelnen Länder beeinflusst und mitentschieden werden können. Insbesondere sollen sich nationale Parlamente mehr aussenpolitische Kompetenzen aneignen und den Bereich internationaler Politik, in dem die Exekutiven allein entscheiden dürfen, reduzieren. Sie müssen Mittel und Wege finden, die Positionen ihrer Regierungen vor und während den Verhandlungen in den multilateralen Organisationen zu steuern, damit sie umfassende internationale Verträge und Regelwerke nicht mehr nur am Schluss abnicken können.
- Multilaterale Organisationen sollen die globale Öffentlichkeit und speziell die Akteure der Zivilgesellschaft, nicht nur die Interessenverbände der Wirtschaft, über ihre Aktivitäten informieren und sie bei der Aushandlung und Umsetzung von internationalen Verträgen und Regelwerken konsultieren müssen. Dasselbe ist in den einzelnen Ländern von den jeweiligen Regierungen einzufordern. Alliance Sud wendet sich aber dagegen, dass Regierungen den konsultativen Einbezug der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft auf globaler und nationaler Ebene als Ersatz für demokratische Entscheidungsprozeduren und die Checks und Balances einer funktionierenden Demokratie auffassen.

## **9. Die Souveränität der Staaten achten, die Willkürspielräume der Regierungen verkleinern**

- Alliance Sud tritt für eine internationale Wirtschafts- und Rechtsordnung ein, die auch die Souveränität der kleineren und schwächeren Länder respektiert. Denn wirtschaftliche Entwicklung,

Befreiung aus gesellschaftlicher Unmündigkeit sowie Demokratie resultieren aus sozialen Auseinandersetzungen, die letztlich nur im Rahmen souveräner Staaten einigermassen fruchtbar und friedlich stattfinden können.

- Wir erachten nationale Souveränität jedoch nicht als absoluten Wert. Wir unterstützen alle internationalen und regionalen Bestrebungen von Regierungen und anderen Akteuren, über geeignete Institutionen die menschenrechtliche Lage in allen Ländern zu beobachten und öffentlich zu kritisieren (peer review). Wir begrüssen, dass schwere Vergehen von Regierungen und Machtgruppen gegen die Menschenrechte ihrer BürgerInnen oder solche anderer Länder sowie gegen das humanitäre Völkerrecht durch ein internationales Strafgericht geahndet und bestraft werden sollen.
- Wir unterstützen die Bemühungen, von umfassenden Wirtschaftssanktionen wegzukommen, die oft mehr den Opfern als den Tätern schaden. Statt dessen ist ein multilaterales Instrumentarium zu entwickeln, das mit gezielten Sanktionen (*smart sanctions*) den Handlungsspielraum verbrecherischer Regime und ihrer ausländischen Helfer drastisch einschränkt und ihre finanziellen und wirtschaftlichen Transaktionen unterbindet. Gleichzeitig soll die betroffene Bevölkerung in ihrem Streben nach besseren Lebensbedingungen sowie mehr Bewegungs- und Freiheits-spielräumen unterstützt werden.
- Humanitär begründete militärische Interventionen zur Verhütung von Völkermord oder schwersten Menschenrechtsvergehen sind als ultima ratio und nach Ausschöpfung aller nichtmilitärischen Massnahmen berechtigt. Um der Gefahr des Missbrauchs zu begegnen, plädieren wir dafür, in der Uno allgemein verbindliche Kriterien und Mechanismen für solche Interventionen auszuhandeln.

## **10. Die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit bewahren**

- Alliance Sud unterstützt alle Anstrengungen auf nationaler, regionaler und globaler Ebene, um die schleichende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit zu stoppen. Insbesondere setzen wir uns ein für ein neues, faires Klimaschutzabkommen, das den Empfehlungen des Uno Weltklimarats (IPCC) folgt, die globale Erwärmung unter 2 Grad Celsius hält und die Menschen in den Entwicklungsländern bei ihren Anpassungsanstrengungen an die Klimaveränderung finanziell und durch Technologietransfer unterstützt. Wir fordern von den Industrieländern, dass sie ihre historische Verantwortung für den globalen Klimawandel übernehmen und ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoss rasch und drastisch reduzieren. Ohne den Ausstieg aus den fossilen Energien und damit eine grundlegende Konversion der industriellen Produktions- und Konsumtionsweise ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Die Industrieländer sind verpflichtet, diesen Konversionsprozess als erste und massgeblich in Gang zu bringen, weil sie in Sachen Ressourcenverzehr und Umweltzerstörung mit Abstand an erster Stelle stehen.
- Eine besondere Bedeutung messen wir der Umstellung auf erneuerbare Energien und auf geschlossene Stoffkreisläufe zu. Gleichzeitig bekämpfen wir den Import von Agrotreib- und Brennstoffen, die in Entwicklungsländern die Nahrungsmittelproduktion konkurrenzieren und Hunger und Armut vergrössern. Die Schweiz muss auf fossilen Brenn- und Treibstoffen eine CO<sub>2</sub>-Abgabe erheben. Die Bemühungen sind zu verstärken, im neuen Klimaschutzabkommen eine globale CO<sub>2</sub>-Abgabe als Finanzierungsmechanismus für Adaptions- und Reduktionsmassnahmen zu etablieren. Die Schweiz als Sitzstaat der Flüchtlingskonvention ist zudem aufgerufen, inter-

nationale Verhandlungen über den rechtlichen Schutz von Klimaflüchtlingen in die Wege zu leiten.

- Wir unterstützen alle Bestrebungen, im Rahmen der Uno eine starke Umweltbehörde aufzubauen, welche den internationalen Umweltabkommen Nachdruck verleihen und ihre Umsetzung garantieren kann. Den Umweltkonventionen ist gegenüber dem Welthandelsrecht der WTO und anderen wirtschaftlichen Verträgen Vorrang einzuräumen.
- Wir unterstützen die Umsetzung der Biodiversitätskonvention und des Internationalen Vertrags über pflanzengenetische Ressourcen für Ernährung und Landwirtschaft. Dabei muss die Erhaltung der biologischen Vielfalt, die nachhaltige Nutzung ihrer Bestandteile und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich daraus ergebenden Vorteile sichergestellt werden. In Zusammenhang mit dem Zugang zu biologischen Ressourcen müssen die Rechte der Staaten und der lokalen Gemeinschaften respektiert werden. Der Zugang zu diesen Lebensgrundlagen darf nicht durch die Gewährung von Patenten verbaut werden. Wir fordern insbesondere, dass sich die Schweiz aktiv für die Verhinderung der "Biopiraterie", auch in Bezug auf traditionelles Wissen, einsetzt. Der Schutz der tropischen Wälder, Hort der biologischen Vielfalt und Lebensraum von Millionen von Menschen, soll als einer der Hauptpfeiler in einem Post-Kyoto-Abkommen verankert werden. Dabei müssen die Rechte der indigenen Völker und der lokalen Gemeinschaften anerkannt und geschützt werden.

## **11. Die sozialen Lebensgrundlagen der Menschheit stärken**

- Wir unterstützen alle Bemühungen, den sozialen Menschenrechten (Uno-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte) und den Kernarbeitsrechten (ILO-Konventionen) mehr Nachdruck zu verschaffen. Die Uno-Organe, die sich darum kümmern, sind aufzuwerten – das internationale Monitoring- und Reportingsystem über den Stand der nationalen Umsetzung zu verstärken und mit Sanktionsmechanismen anzureichern. Die Beachtung dieser Rechte ist in die internationale Regulierung der Rechte und Pflichten transnationaler Unternehmen aufzunehmen.
- Alle Länder sollen ihrer Bevölkerung Zugang zu lebensnotwendigen Ressourcen wie Land oder Wasser garantieren. Insbesondere ist der Zugriff von Frauen auf diese Ressourcen zu stärken und der Ausschluss von ethnischen Gruppen, Kasten oder Klassen vom Zugang zu diesen Ressourcen zu bekämpfen. In vielen Ländern sind deshalb Landreformen notwendig.
- Wir heben an sozialen Menschenrechten insbesondere das Recht auf Gesundheit und Bildung hervor – zu menschlichen Ressourcen also, die genauso wichtig sind wie die natürlichen Ressourcen. Ein Basisgesundheitsystem und eine Grundschulbildung sind heute für alle Menschen finanzierbar, und zwar durch Finanzmittel der Entwicklungsländer selber, ergänzt durch Gelder der Entwicklungszusammenarbeit. Die entsprechenden Bemühungen internationaler Organisationen sind zu unterstützen.
- Wir unterstützen lokale Gemeinschaften und soziale Kräfte, die sich gegen Grossprojekte von kapitalkräftigen Gruppen und Regierungen wehren, deren Realisierung ihre wirtschaftlichen und sozialen Lebensgrundlagen mutwillig zerstören würden. Wir setzen uns in diesem Zusammenhang dafür ein, dass öffentlich finanzierte Institutionen wie die Weltbank oder die Exportrisiko-Agenturen der OECD-Staaten solche Projekte nicht mehr mitfinanzieren oder absichern dürfen. Es sei denn, die betroffenen Gemeinschaften und Bevölkerungen akzeptierten die Projekte und erhielten einen angemessenen Ersatz, der neue Lebensperspektiven ermöglicht.

- Wir unterstützen alle Bemühungen, Wasser als öffentliches Gut festzuschreiben und die Eckpfeiler einer ökologisch nachhaltigen und sozial gerechten Wasserpolitik durch eine Wasserkonvention völkerrechtlich zu regeln. Die globale Wasserkrise, die durch den Klimawandel zusätzlich verschärft wird, ist nicht nur eine technisch-wirtschaftliche Herausforderung, welche Investitionen in Trinkwasserversorgung und Abwasseraufbereitung verlangt oder den Schutz der Wasserquellen vor Verschmutzung oder Effizienzsteigerungen beim Wassereinsatz in Landwirtschaft und Industrie. Sie ist vor allem eine grosse politische und soziale Herausforderung. Alle Menschen- und Freiheitsrechte bleiben trockene Theorie, wenn den Menschen kein Recht auf Trinkwasser, das Überlebensmittel par excellence, garantiert werden kann.

## **12. Die globalen öffentlichen Güter sichern**

- Alliance Sud unterstützt die Weiterentwicklung des vom Uno-Entwicklungsprogramm UNDP lancierten Konzepts der globalen öffentlichen Güter. Solche sind das Klima, Wälder und Meere, Gesundheit und Schutz vor Krankheiten oder auch Menschenrechte und Frieden. An ihnen besteht weltweit ein kollektives Interesse: Sie werden durch alle genutzt, ihr Schutz liegt aber vielfach in der Verantwortung einzelner Staaten und ist deshalb nicht optimal geregelt. Diese Güter sollen (a) allen zur Nutzung offen stehen und (b) in Hinsicht auf ihre Bereitstellung, Verwendung und Finanzierung demokratischen Verfahren unterworfen sein.
- Wir unterstützen Bestrebungen, wonach Länder und Regionen, die besondere Aufgaben und Belastungen für die Sicherung der Güter haben, für diese Anstrengungen mittels eines internationalen Lastenausgleichssystems von der Staatengemeinschaft abgegolten werden, sofern sie dazu alleine nicht in der Lage sind (zum Beispiel Schutz der Weltmeere, des Amazonas, der Sahelzone).
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Schweiz ihr Engagement für die globalen öffentlichen Güter komplementär zu den Anstrengungen in der Entwicklungszusammenarbeit und mit zusätzlichen Mitteln ausbaut.

### **III. Entwicklungsstrategien und -zusammenarbeit**

#### **13. Neue Entwicklungsstrategien jenseits von Exportorientierung und forcierter Weltmarktintegration fördern**

- Alliance Sud unterstützt in den Entwicklungsländern die Bestrebungen, die Wirtschaftspolitik von der forcierten Weltmarktintegration und der Exportorientierung zu befreien und auf die Vertiefung der eigenen Binnenmärkte und auf regionale Marktintegration zu konzentrieren. Es ist notwendig, Entwicklungsstrategien wieder aus den spezifischen Gegebenheiten und Möglichkeiten der einzelnen Länder heraus zu erarbeiten und dabei die ganze Vielfalt ökonomischer und gesellschaftswissenschaftlicher Theorien zu berücksichtigen. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang das Wiederaufleben der klassischen Entwicklungsökonomie, das international zu beobachten ist. Hingegen erachten wir die monopolartige Stellung der Weltbank in der Produktion von ökonomischen Studien und Theorien zu Entwicklungsländern als problematisch und plädieren dafür, die dazu zur Verfügung stehenden Ressourcen zu kürzen. Statt dessen sollen spezialisierte Uno-Organe mehr Mittel für wirtschaftliche Forschung und Theoriebildung erhalten.
- Wir unterstützen alle Bemühungen von Entwicklungsländern, sich mehr wirtschaftspolitische Souveränität anzueignen und vom wirtschaftspolitischen Diktat der Weltbank, des IWF und von Geberländern zu lösen. Entsprechend muss in den Industrieländern die gegenwärtige Funktionsweise der Bretton-Woods-Institutionen kritisiert und hinterfragt werden, damit Änderungen machtpolitisch überhaupt eine Chance haben. Die Bedingungen, welche Weltbank, IWF und Geberländer an Kredite und Hilfe binden, sind von wirtschaftlichen Anforderungen, die aus dem Marktfundamentalismus abgeleitet werden, vollständig zu befreien.
- Wir unterstützen in den Entwicklungsländern Kräfte, welche gegen ökonomistische Verkürzungen der Entwicklungsproblematik antreten und statt dessen mehrdimensionale Entwicklungsstrategien anstreben, welche die Initiative und das politische Gewicht der ländlichen Bevölkerung fördern und Ernährungssicherung, Agrar-, Industrie- und Dienstleistungsentwicklung, den Aufbau öffentlicher Infrastrukturen, Bildung, soziale Sicherheit, Gleichstellung der Geschlechter, Menschenrechte, gesellschaftliche und politische Freiheiten anstreben sowie kulturelle und religiöse Dimensionen berücksichtigen und nutzbar machen.

#### **14. Den Dienstleistungs- und Entwicklungsstaat rehabilitieren**

- Für die Entwicklungsprozesse, welche wir unterstützen, sind eine funktionierende Staatsverwaltung und die schrittweise rechtliche und institutionelle Regelung von politischen, wirtschaftlichen und sozialen Prozessen unerlässlich. Das verlangt angemessene finanzielle Ressourcen des Staates. Nach der neoliberalen Ära der absichtlichen Schwächung des Staates in den Entwicklungsländern ist heute kräftiges Gegensteuer nötig.
- Dazu müssen auch die wirtschaftlichen Funktionen des Staates gestärkt werden. Es geht nicht nur darum, im Sinne der institutionalistischen Kritik am Marktfundamentalismus die Institutionen und den Rechtsrahmen aufzubauen, die Märkte brauchen, um zu funktionieren. Sondern es geht auch darum, die wirtschaftsinterventionistische Rolle und Bedeutung des Staates im Entwicklungsprozess zu rehabilitieren.

- Dann sind die sozialen Funktionen des Staates zu stärken. Schon ärmste Entwicklungsländer können, ihren Mitteln angepasst, Institutionen der Bildung oder des Gesundheitswesens mit offenem Zugang für alle entwickeln und damit Lebensqualität und Potential der Menschen spürbar verbessern. Weniger arme Länder haben genügend Ressourcen, um für ihre wirtschaftlich benachteiligten und sozial ausgegrenzten Gruppen angepasste soziale Schutzprogramme zu entwickeln. Es ist ein Irrtum, sozialstaatliche Handlungsfähigkeit nur mit den reichen Industrieländern zu verknüpfen und für die Entwicklungsländer einen rohen Kapitalismus von ausgesuchter Grausamkeit gegenüber der Bevölkerungsmehrheit zu reservieren, wie es die Bretton-Woods-Institutionen in der neoliberalen Ära immer wieder getan haben.
- Weiter ist die Rolle des Staates in der Bereitstellung und im Betrieb von Infrastrukturen wieder zu stärken. Der Ausverkauf von Infrastrukturunternehmen, natürlichen Ressourcen und Monopolen an transnationale Konzern hindert die Entwicklungsländer daran, ihre Nahrungsmittelproduktion und staatliche Dienstleistungen wie Trinkwasser- oder Energieversorgung flächendeckend und langfristig zu sichern.

#### **15. Emanzipationsprozesse fördern, um Entwicklung zu ermöglichen**

- Alliance Sud sieht Entwicklung als Prozess sozialer Auseinandersetzungen, in denen es um die sukzessive Befreiung aus Unterdrückung, Stigmatisierung, Unmündigkeit und Not geht. Wir unterstützen in den Entwicklungsländern die benachteiligte Seite solcher Auseinandersetzungen und favorisieren gesellschaftliche und politische Kräftekonstellationen, welche sich an den Interessen der Benachteiligten orientieren.
- Bürgerliche Rechte und politische Freiheiten sind kein Luxus, der am Ende eines Entwicklungsprozesses als Belohnung winkt. Wir stützen all jene, die in ihrer Erkämpfung und Konsolidierung ein wesentliches Instrument der Entwicklung sehen. Ohne die drastische Ausweitung politischer Äusserungs- und Gestaltungsräume in vielen Entwicklungsländern werden Staatszerfall und Terrorismus weiteres Terrain gewinnen. In diesem Sinne wenden wir uns dagegen, Good Governance auf effizientere und berechenbarere Arbeitsweisen der öffentlichen Verwaltung und auf ein Wirtschaftsprogramm einzuengen, das IWF und Weltbank passt. Gute Regierungsführung beinhaltet ebenso sehr Demokratie und die Möglichkeit, politische und soziale Konflikte ohne Unterdrückung durch staatliche und parastaatliche bewaffnete Apparate austragen zu können.
- Wir unterstützen alle Kräfte, welche krasse soziale Ungleichheit und Armut durch geeignete Umverteilungsmassnahmen verringern und damit die Chancen und Gestaltungsfreiheiten der Armen vergrössern wollen. Das können Landreformen sein oder die Durchsetzung von verfassungsmässig garantierten Anrechten. Es kann aber auch bedeuten, die politischen und rechtlichen Schranken zu beseitigen, welche einen grossen Teil der Immobilien und Unternehmen, also des verfügbaren Kapitals der armen Länder, in die informelle Wirtschaft abdrängen.
- Alliance Sud fördert eine Entwicklung, welche die tatsächliche gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Gleichstellung der Geschlechter zum Ziel hat. Strukturelles Ungleichgewicht und Geschlechterdiskriminierung sollen mit gezielten Massnahmen beseitigt werden. Chancengleichheit sowie eine gerechte Verteilung von Macht, Ressourcen, Rechten und Pflichten zwischen den Geschlechtern müssen auf allen Ebenen zu Grundwerten der menschlichen Lebens- und Arbeitswelt werden.

- Alliance Sud unterstützt alle Bemühungen, welche die modernen Kommunikations- und Informationsmittel in den Dienst von Armutsbekämpfung und Entwicklung stellen, den Service public garantieren und das öffentliche Interesse, die Rechte und die Bedürfnisse der Menschen ins Zentrum rücken. Eine den lokalen Bedingtheiten angepasste Informationsordnung kann Wesentliches zur Verringerung des digitalen Grabens zwischen Arm und Reich beitragen und der Zivilgesellschaft eine Stimme geben.

#### 16. Eigene Finanzressourcen mobilisieren und eine grosszügige Entschuldung durchsetzen

- Wir unterstützen die Bemühungen in den Entwicklungsländern, die eigene Sparrate und Kapitalakkumulation zu steigern und zu diesem Zweck lokale und nationale Finanzmärkte auszubauen, die sich auf traditionelle und neue Instrumente stützen. Es geht dabei nicht darum, einen „modernen“ Finanzsektor zu entwickeln, der möglichst rasch in die internationalen Märkte integriert werden kann, sondern das „traditionelle“ einheimische Finanzpotential zu erschliessen. Die weitverbreitete Sicht, wirtschaftliche Entwicklungsprozesse seien allein durch externes Kapital finanzierbar, ist zu überwinden und die Abhängigkeit von ausländischem Kapital zu lockern. Die Industrieländer sind in diesem Zusammenhang aufgefordert, die umfangreiche, off shore-gestützte Kapital- und Steuerfluchtindustrie zu bändigen und kleinen Inselstaaten, die vom internationalen Offshore-Geschäft leben, behilflich zu sein, alternative wirtschaftliche Lebensgrundlagen zu entwickeln.
- Ein grosszügiger Schuldenerlass vieler Entwicklungsländer, und nicht nur der ärmsten, über die gegenwärtig laufende Initiative zum Abbau multilateraler Schulden hinaus ist notwendig, um aus der ökologischen und sozialen Raubbauwirtschaft, die allein der Schuldenbedienung dient, herauszukommen. Entschuldung verdienen auch Länder, deren Regierungen als strategische Freunde des Westens mit Krediten überschwemmt und oft gegen das eigene Volk aufgerüstet worden sind. Wir unterstützen das Bemühen, den finanziellen Spielraum, der durch Entschuldungsmassnahmen entsteht, für die Armutsbekämpfung zu nutzen und die Bevölkerung in die Erarbeitung und Umsetzung entsprechender Pläne mit einzubeziehen.
- Wir treten für ein internationales Insolvenzverfahren ein, welches das Machtverhältnis zwischen Gläubigern und Schuldnern ausgleicht und überschuldeten Ländern sozusagen ein Existenzminimum garantiert. Ein solches Verfahren drängt sich auch auf, weil mit Finanz- und Wirtschaftskrisen wie jener von 2008/2009 das Risiko neuer Schuldenfallen zunimmt.
- Um aus der Verschuldungsspirale herauszufinden, ist schliesslich die Kreditvergabe multilateraler Entwicklungsbanken oder staatlicher Agenturen wie etwa der Exportversicherung strikter zu handhaben – so könnten zum Beispiel Fehlinvestitionen (und Schulden) besser vermieden werden, wenn die Bevölkerung über Notwendigkeit und Nützlichkeit von grossen Investitionsprojekten mitentscheiden kann.

#### 17. Die Entwicklungszusammenarbeit auf Armutsbekämpfung konzentrieren und aus der Interessenpolitik der Geberländer herauslösen

- Alliance Sud erachtet Entwicklungszusammenarbeit als eine Verpflichtung der wenigen Privilegierten gegenüber der grossen Mehrheit der Menschheit und unterstützt die Bemühungen, die EZA dereinst völkerrechtlich als Ausgleichszahlung der Reichen an die Armen verankern zu

können – analog dem Finanzausgleich in der Schweiz oder den Ausgleichszahlungen in der EU. Alle bilaterale EZA soll prinzipiell als Subvention, und nicht als Kredit gewährt werden. Wir kritisieren hingegen den Einsatz von EZA als Instrument der einseitigen Interessenverfechtung der Geberländer und sehen in dieser nach wie vor weit verbreiteten Praxis eine der wesentlichsten Quellen für negative Resultate der EZA.

- Wir unterstützen die Bemühungen der OECD, die Südpolitik der Industrieländer kohärenter zu machen und Ziele, welche durch die EZA angestrebt werden, nicht durch aussenwirtschaftliche, sicherheitspolitische oder andere aussenpolitische Interventionen zu unterlaufen. Wir kritisieren aber, dass grosse Teile der Aussenwirtschaftspolitik und die Geopolitik der Industrieländer den Intentionen der OECD zuwiderlaufen, den Bemühungen um Kohärenz schaden und die positiven Wirkungen der EZA teilweise zunichte machen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die EZA ihre Programme auf die strukturelle Bekämpfung von Armut, Ungerechtigkeit und Ungleichheit konzentriert und dadurch zur Realisierung der Millennium-Entwicklungsziele beiträgt. Diese Ziele sind stark gefährdet, unter anderem weil die Geberländer ihrer Verpflichtung nicht nachkommen, die EZA-Mittel bis 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Sie müssen die Mittel massiv aufstocken und diese vermehrt auf die armen Länder konzentrieren. Zudem sollen sie Klimamassnahmen und Schuldenerlasse zusätzlich zu diesen 0,7 Prozent finanzieren sowie davon absehen, ihre EZA-Statistiken mit Ausgaben zu verfälschen, die nicht zur Entwicklung beitragen (Kosten für Asylsuchende, Migrationsprävention, etc.). Die Schweiz ist von dieser Verpflichtung nicht ausgenommen
- Die Explosion der Nahrungsmittelpreise von 2007/2008 hat deutlich gemacht, wie schlecht es um die Ernährungssicherheit der Entwicklungsländer steht. Alliance Sud setzt sich dafür ein, dass die EZA die enormen Defizite im Landwirtschaftssektor (inklusive Wasser) wieder angeht. Von den Industrieländern, auch der Schweiz, verlangt sie Agrar-, Handels- und Patentpolitiken, welche die Ernährungssouveränität der Entwicklungsländer nicht untergraben, sondern stärken.
- Falls EZA-Mittel an Regierungen von Entwicklungsländer fliessen, sollen diese den Prinzipien der guten Regierungsführung nachkommen. Wir verstehen darunter Transparenz, Verantwortungsbewusstsein und Rechenschaftspflichtigkeit des Regierungshandelns und -entscheidens, den sichtbaren Willen, staatliche Dienstleistungen für die Bevölkerung aufzubauen, einen respektvollen Umgang der Regierungsorgane mit der Bevölkerung, vor allem mit Dissens, sowie praktikable Wege, um die Korruption des politischen Personals tief zu halten. Es geht darum zu verhindern, dass mit Hilfsgeldern das Überleben von repressiven oder kleptokratischen Regimen künstlich verlängert wird. Wir halten hingegen viele der wirtschaftlichen Bedingungen, die die Bretton-Woods-Institutionen und Geberländer mit Good Governance verbinden, für falsch und oft sogar kontraproduktiv.
- Diese wirtschaftlichen Bedingungen werden auch mit den Strategien zur Armutsbekämpfung (PRS) verknüpft, welche die Bretton-Woods-Institutionen ursprünglich für den (teilweisen) Schuldenerlass und dann für jede Kreditgewährung an die ärmsten Länder verlangen. Diese Verknüpfung bewirkt, dass die PRS ihren Zweck, die Armut zu bekämpfen, gar nicht erreichen können. Im Zug der Wirtschaftskrise von 2008/2009 wurden diese Bedingungen nur teilweise abgeschwächt. Wir unterstützen deshalb die Bemühungen von Basisbewegungen und politischen Kräften, den wirtschaftsdogmatischen Teil der PRS zu verändern, den Einfluss der Zivilgesellschaft auf die PRS zu erhöhen und die Bretton-Woods-Institutionen, die nationalen und lokalen

Regierungen für eine tatsächliche Umschichtung staatlicher Mittel zur Armutsbekämpfung zu gewinnen.

- Beträchtliche staatliche EZA-Mittel sollen nicht an Regierungen, sondern über Hilfswerke und NGOs an soziale Bewegungen in den Entwicklungsländern fließen und dadurch die schwächere Seite in den sozialen Auseinandersetzungen, welche den Entwicklungsprozess ausmachen, stärken. EZA-Mittel können u.a. auch verwendet werden, um betroffenen Bewegungen und Organisationen in der Durchsetzung der sozialen Menschenrechte und der Kernarbeitsrechte behilflich zu sein. Über private Kanäle soll EZA auch in Ländern geleistet werden, die unter Bad Governance leiden und deren Regierungen konsequenterweise von Hilfsgeldern abgeschnitten sein sollten.
- Die Zivilgesellschaft spielt eine entscheidende Rolle für die nachhaltige Entwicklung und die Wirksamkeit der EZA. Alliance Sud begrüsst, dass Geber- und Empfängerländer 2008 in der Accra Agenda for Action zivilgesellschaftliche Organisationen als unabhängige Akteure der Entwicklung anerkannt haben. Sie sind nun aufgefordert, ihrer Verpflichtung nachzukommen und die Rahmenbedingungen für diese Organisationen so zu verbessern, dass diese ihre Rolle auch wahrnehmen können.